:rhein-sieg-kreis

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 14. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 04.04.2017:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017	Anerkannt	
2.	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
2.1	Inklusions-Fachbeirat hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	282/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 8
2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2017: Umbesetzungen von Ausschüssen	283/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 8,9
3.	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW		
3.1	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft	284/17 Genehmigung	einstimmig, Seite 9
4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 01.03.2017: Bewerbung des Rhein-Sieg-Kreises als Modelllandkreis für das Pilotprojekt "Modellkommunen Open Government"	von der TO abgesetzt	
5.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Anfragen veröffentlichen	285/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
6.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Baukosten veröffentlichen	286/17 Ablehnung	MB ./. LINKE, FUW/Piraten, AfD, Abg. Dr. Fleck, Seite 10
6.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 24.03.2017: Rhein-Sieg-Kreis leitet ca. 14 Millionen Euro vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) vollumfänglich an Kommunen im Kreis weiter	287/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
7.	Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis hier: Umsetzung des Aktionsplanes	288/17 Zustimmung	MB ./. AfD, Seite 11
8.	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter"	289/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 12

9.	Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin"	290/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
10.	Anzeige des Landschaftsplanes Nr. 1 "Niederkassel"	291/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
11.	Masterplan Energiewende Rhein-Sieg	292/17 Zustimmung	MB ./ FDP, AfD, E. Abg. Dr. Fleck, Seite 14
12.	Kommunales Integrationszentrum - hier: Evaluation und Fortführung des KI sowie Weiterentwicklung der KI´s in NRW	293/17 Zustimmung	MB ./. AfD, Abg. Dr. Fleck, Seite 16
		294/17 Zustimmung	MB ./. AfD, Abg. Dr. Fleck, Seite 16
13.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfebearbeitung mit der Stadt Siegburg, den Stadtbetrieben Siegburg AÖR und dem Volkshochschulzweckverband Rhein-Sieg	295/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 16
14.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	296/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 17
15.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	297/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 17
16.	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	298/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
17.	Neues Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler Starke Region - Starke Zukunft	299/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 19
18.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
19.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 14. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 04.04.2017:

Sitzungsbeginn:	**16:00 Uhr**
Sitzungsende:	**17:00 Uhr**
Ort der Sitzung:	**A 1.16**
Datum der Einladung:	22.03.2017
Einladungsnachtrag vom:	30.03.2017

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender
Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU
Herr Oliver Baron
Herr Jürgen Becker
Frau Renate Becker-Steinhauer
Herr Dr. Torsten Bieber
Herr Klaus Döhl
Frau Brigitte Donie
Herr Christoph Fiévet
Herr Björn Franken
Herr Franz Gasper
Frau Katharina Gebauer
Herr Dr. Josef Griese
Frau Hildegard Helmes
Herr Hans-Peter Höhner
Herr Ivo Hurnik
Frau Silke Josten-Schneider
Herr Marcus Kitz
Herr Oliver Krauß
Frau Gabriele Kretschmer
Herr Joachim Kühlwetter
Frau Notburga Kunert
Frau Sigrid Leitterstorf
Herr Oliver Roth
Herr Tim Salgert
Herr Josef Schäferhoff
Herr Martin Schenkelberg
Herr Matthias Schmitz
Herr Christian Siegberg
Herr Michael Solf
Herr Michael Söllheim
Herr Andreas Sonntag
Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD
Herr Werner Albrecht
Frau Bettina Bähr-Losse
Frau Gisela Becker
Frau Stefanie Göllner
Herr Folke große Deters
Herr Sebastian Hartmann
Herr Volker Heinsch
Frau Veronika Herchenbach-Herweg
Frau Ute Krupp
Frau Nicole Männig
Frau Cornelia Mazur-Flöer
Frau Joline Piel
Herr Udo Scharnhorst
Herr Björn Seelbach
Frau Susanne Sicher
Frau Ursula Studthoff
Herr Dietmar Tendler
Herr Achim Tüttenberg
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE
Frau Michaela Balansky
Frau Johanna Bienentreu
Frau Gabi Deussen-Dopstadt
Frau Alexandra Gauß
Frau Edith Geske
Herr Edgar Hauer
Herr Burkhard Hoffmeister
Frau Irmhild Schaffrin
Herr Ingo Steiner
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP
Herr Christoph Cáceres Ayllón
Frau Renate Frohnhöfer
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
Frau Nicole Westig

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE
Herr Frank Kemper
Herr Michael Lehmann
Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete AfD
Herr Norbert Klein
Herr Ralf-Udo Rothe
Herr Vladimir Skoda

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten
Frau Maria Luise Streng

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung
Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Schriftführerin
Frau Siri Grischke

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU:
Herr Norbert Chauvistré
Herr Jörg Erich Haselier
Herr Raimund Schink

Kreistagsabgeordnete SPD:
Herr Werner Albrecht
Herr Harald Eichner
Herr Paul Lägel

Kreistagsabgeordnete FDP:
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten:
Frau Anja Moersch

Unentschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete NPD:
Frau Ariane Meise

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD´in Heinze
Ltd. KVD Jaeger
Ltd. KVD´in Udelhoven
Dezernent Schwarz
Dezernent Wagner
VA Dinstühler

14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Pressereferentin Lorenz

VA Ommerborn
VA Rellecke

Vertreter der Presse

14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	

Der Landrat eröffnete die 14. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden.

Er gratulierte der Abg. Susanne Sicher zu ihrem heutigen Geburtstag sowie der Abg. Veronika Herchenbach-Herweg zu ihrer 15- jährigen Mitgliedschaft im Kreistag.

Sodann nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 22.03.2017, den Einladungsnachtrag vom 30.03.2017, die Tischvorlage zu TOP 7, die Tischvorlage zu TOP 12 sowie auf die Tischvorlage zu TOP 18.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Der Landrat teilte weiter mit, dass Tagesordnungspunkt 4 von der Tagesordnung abgesetzt werde, da dieser in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses zurückgezogen worden sei. Hierüber bestand Einvernehmen.

Zur Tagesordnung teilte der Abg. Otter mit, dass seine Fraktion eine Vertagung des Tagesordnungspunktes 16 beantrage, da hierzu noch Beratungsbedarf bezüglich der Trägerschaft bestehe.

Der Abg. Hoffmeister sagte, der VVS habe mit seinem Beirat einstimmig einen Beschluss hierzu gefasst. Zudem sei die Mitgliederversammlung auf das Votum des Kreistages angewiesen. Eine Zurückweisung des Tagesordnungspunktes sei demnach kontraproduktiv.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag der Kreistagsfraktion bezüglich einer Vertagung des Tagesordnungspunktes 16 abstimmen.

B.-Nr. 281/17 **Der Kreistag lehnt den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE ab.**

Abst.-Erg.: **MB ./. LINKE, 1 E.**

Der Landrat fragte, ob es weitere Wünsche zur Tagesordnung gebe. Das war nicht der Fall.

14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

1	Niederschrift über die 13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017	

Einwendungen lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien	

2.1	Inklusions-Fachbeirat hier: Wahl sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 282/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Vorsitzende des Inklusions-Fachbeirates, Herr Günter Wingender, wird zum sachkundigen Einwohner und die stellvertretenden Vorsitzenden im Inklusions-Fachbeirat, Frau Eike Kleinheyer und Herr Tim Hirschmann zu stellvertretenden sachkundigen Einwohnern im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit gewählt.

Abst.-Erg.:

Einstimmig.

2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2017: Umbesetzungen von Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 28.03.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 283/17

Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen in folgenden Ausschüssen:

Der Abg. Vladimir Skoda wird anstelle von Herrn Ralf-Uther Haritz ordentliches Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss.

Der SkB Jürgen Fuchs wird stellvertretendes Mitglied im Personalausschuss.

Der SkB Jürgen Fuchs wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Planung und Verkehr.

Der SkB Jürgen Fuchs wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz.

Der SkB Karsten Gräbnitz wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit.

Der SkB Karsten Gräbnitz wird stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildungskoordinierung.

Der SkB Karsten Gräbnitz wird anstelle des SkB Arvid Ellenberger ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration. Der SkB Arvid Ellenberger wird anstelle von Herrn Thomas Matzke stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales Gleichstellung und Integration.

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

3	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW	

3.1	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW: Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 284/17 **Der Kreistag stimmt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 115 Abs. 1 S. 1 lit. a) GO NRW der Änderung der Satzung der RW Holding Aktiengesellschaft in der in Anlage 1 genannten Fassung zu.**

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

4	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 01.03.2017: Bewerbung des Rhein-Sieg-Kreises als Modelllandkreis für das Pilotprojekt "Modellkommunen Open Government"	

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Anfragen veröffentlichen	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017 mit dem Zusatz, dass die Verwaltung im Rahmen der Internet-Relaunch alle Anfragen in das Kreistagsinformationssystem einstellen lassen werde. Das bedeute, dass künftig die Anfragen der Fraktionen, der Gruppe und der Einzelabgeordneten sowie die Antworten der Verwaltung auf der Internetseite veröffentlicht werden.

B.-Nr. 285/17

Der Kreistag stimmt dem Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten mit dem Zusatz zu, dass die Verwaltung im Rahmen des Internet-Relaunches gebeten wird, alle Anfragen in das Kreistagsinformationssystem einstellen zu lassen.

Abst.-Erg.:

Einstimmig.

6	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.03.2017: Transparenz schaffen, Baukosten veröffentlichen	

Der Landrat wies darauf hin, dass der Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2017 mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Abg. Kemper erklärte, es gehe darum, bereits vorhandene Informationen zusammenzutragen, mit dem Ziel, dass die Bürgerinnen und Bürger auf diese zugreifen können. Letztendlich sollten keine neuen Informationen bereitgestellt werden, sondern ein vereinfachter Zugang zu den Informationen ermöglicht werden.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag abstimmen.

B.-Nr. 286/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Kreistag lehnt den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten ab.

Abst.-Erg.:

MB ./. LINKE, FUW/Piraten, AfD, Abg. Dr. Fleck.

6.1	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN vom 24.03.2017: Rhein-Sieg-Kreis leitet ca. 14 Millionen Euro vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) vollumfänglich an Kommunen im Kreis weiter	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 287/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Rhein-Sieg-Kreis leitet die Sonderauskehrung des Landschaftsverbandes Rheinland aus der Auflösung einer Rückstellung für Integrationshilfen, Kreisanteil voraussichtlich ca. 13,94 Millionen €, auf der Basis der Umlagegrundlagen 2017 nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz –GFG- 2017 nach Erhalt so zeitnah wie möglich an die Kommunen im Kreis weiter.

2. Die Kreiskämmerin wird gebeten, hierzu die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Genehmigung einer außerplanmäßigen Ermächtigung wird zugestimmt.

Abst.-Erg.:

Einstimmig.

7	Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis hier: Umsetzung des Aktionsplanes	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 15.03.2017 und die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

Abg. Bähr-Losse bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern, die dieses wichtige Thema geschlossen vorangebracht hätten sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Mehrarbeit zur Erstellung des Aktionsplanes.

Abg. Skoda sagte, seine Fraktion sei der Ansicht, dass der Aktionsplan trotz des geleisteten Arbeitsaufwands wenig Konkretes beinhalte, sodass sich daraus weder eine bedeutende Hilfe für die Verwaltung noch eine konkrete Verbesserung für die Betroffenen ergebe. Er sei der Ansicht, man könne auf diesen Aktionsplan verzichten.

Abg. Bähr-Losse erwiderte, es sei bedauerlich, wenn man sich nicht in den Arbeitsprozess zur Erarbeitung des Aktionsplans mit eingebracht habe und am Ende das Ergebnis bemängelt. Sie wies darauf hin, die Erarbeitung des Aktionsplans habe sich als ein transparenter Prozess dargestellt, der mit sehr konstruktiver Arbeit durchgeführt worden sei. Darüber hinaus sei sie überzeugt, dass der Aktionsplan den Menschen mit Behinderung zu Gute kommen werde. Sollte der Abg. Skoda schneller Ergebnisse fordern, müsse er dafür sorgen, dass für solche Projekte mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.
Sie dankte der Verwaltung nochmal ausdrücklich, dass man mit dem überschaubaren Budget, das hierfür zur Verfügung gestellt worden sei, großartiges geleistet habe. Drüber hinaus sei sie davon überzeugt, dass der Aktionsplan für die betroffenen Menschen vorteilhaft sei.

Abg. Dr. Fleck sagte, dass es ein Schritt in die richtige Richtung sei. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

B.-Nr. 288/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Aktionsplan Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis wird zur Kenntnis genommen.
Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen die Maßnahmeempfehlungen schrittweise umzusetzen. Über die Freigabe von Haushaltsmitteln für einzelne Umsetzungsschritte aus dem bei Produkt 0.50.40 gebildeten Ansatz von 30.000 € entscheidet der Ausschuss für Inklusion und Gesundheit auf Vorlage der Verwaltung.

Abst.-Erg.: **MB ./. AfD**

14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8	Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 "Alfter"	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017 sowie auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 289/17 **Der Kreistag beschließt die Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 3 „Alfter".**

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

9	Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin"	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017 sowie auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 290/17 **Der Kreistag beschließt die Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 7 „Siegburg-Troisdorf-Sankt Augustin".**

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

10	Anzeige des Landschaftsplanes Nr. 1 "Niederkassel"	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017 sowie auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017. Er wies darauf hin, dass die Nebenbestimmung Nr. 4 herauszunehmen sei.

B.-Nr. 291/17 **Der Kreistag tritt den Nebenbestimmungen der Verfügung der Bezirksregierung Köln vom 21.03.2017 als Ergebnis des Anzeigeverfahrens gemäß § 18 Landesnaturschutzgesetz im Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes Nr. 1 „Niederkassel" bei. Die Nebenbestimmung Nr. 4 wird herausgenommen.**

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

11	Masterplan Energiewende Rhein-Sieg	

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft in seiner Sitzung am 23.03.2017 sowie auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017. Darüber hinaus wies er auf den modifizierten Beschlussvorschlag hin.

Abg. Dr. Kuhlmann erklärte, seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag nicht mittragen. Es sei zu begrüßen, dass in Arbeitsgruppen über den regionalen Klimaschutz nachgedacht werde, jedoch sehe man den vorgelegten Masterplan Energiewende kritisch.

Der Masterplan sei ein Sammelsurium aus Einzelmaßnahmen, bei dem ein roter Faden fehle. Einzelne Maßnahmen wie beispielsweise das Radkonzept seien zwar sinnvoll, bei anderen Projekten wie das klimafreundliche Veranstaltungsmanagement stelle sich die Frage, wie dieses substantiell zum Klimaschutz beitragen solle.

Auch fehle dem Konzept eine Kosten-Nutzen-Analyse. Demnach sei unklar, welche Maßnahmen welche Kosten verursachen und was sie konkret für den Klimaschutz im Kreisgebiet beitragen. Darüber hinaus sehe Abg. Dr. Kuhlmann bei vielen Maßnahmen keine Kompetenz des Kreises. Als Beispiel sei die Vermarktung regionaler Lebensmittel zu nennen, was Aufgabe des Handels und der Landwirtschaft sei.

Kritisch werde ebenfalls die Gründung der Energieagentur gesehen, sodass seine Fraktion einen Sperrvermerk im Haushalt aufgrund der Gefahr ineffizienter Doppelstrukturen durchgesetzt habe. So hätten sich die linksrheinischen Kommunen als Klimaregion Rhein-Voreifel zusammengeschlossen, um eine Energieberatung vor Ort anzubieten. Drüber hinaus gebe es andere staatliche Organisationen sowie Akteure in der Privatwirtschaft, die diese Dienstleistung anbieten würden.

Vor diesem Hintergrund habe seine Fraktion erhebliche Vorbehalte gegen diesen Maßnahmenkatalog und gegen die Energieagentur und könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Bezüglich eines klimafreundlichen Veranstaltungsmanagements wies Abg. Steiner auf die Veranstaltung des Klimagipfels im vergangenen November des VRS in Bonn hin, in der man sehr kreative Ideen bezüglich eines klimafreundlichen Transportes entwickelt habe.

Hinsichtlich der Gründung einer Klimaagentur sagte er, dass man durch Bündelungen und Kooperationen Doppelstrukturen abschaffen könne und als Ergebnis einfache, effiziente Strukturen hervorbringe. Das sei Sinn und Zweck einer Energieagentur.

Abg Skoda teilte mit, dass seine Fraktion den Masterplan ablehnen werde, da der Klimaschutz grundsätzlich nicht Aufgabe der kommunalen Verwaltung sei.

Abg. Otter sagte, dass seine Fraktion den Masterplan unterstützen werde.

Abg. Hoffmeister erklärte, der grundlegende Ansatz des Masterplans sei das Zusammenführen von Wirtschaft, Politik und Initiativen. Die Energieagentur sei, neben der Vermeidung von Doppelstrukturen, durch den strategischen Ansatz von Privaten, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Servicedienstleister und die Verantwortlichen in den Kommunen getragen. Wer der Energieagentur einen strategischen Ansatz abspreche, der habe sich nicht ausreichend damit beschäftigt.

Abg. Albrecht sagte, seine Fraktion werde den Masterplan Energiewende nachdrücklich unterstützen. Der Rhein-Sieg-Kreis habe bezüglich der Thematik nachwachsender Rohstoffe und regenerative Energien Nachholbedarf. Darüber hinaus sei der formale Beschluss als integriertes Klimaschutzkonzept Voraussetzung, dass Landes- und Bundesmittel abgerufen werden können.
Weiterhin hob der Abg. Albrecht die Bedeutung eines Klimamanagers hervor.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, dass er sich bei der Beschlussfassung enthalten werde und verwies auf einen Artikel in der Wirtschaftswoche, wonach viele Klimaschutzkonzepte korrekturbedürftig seien.

Abg. Schenkelberg bemerkte, die CDU-Kreistagsfraktion habe in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft dem Masterplan Energiewende geschlossen zugestimmt und werde in der heutigen Kreistagssitzung ebenfalls zustimmen. Die CDU-Kreistagsfraktion sei der Ansicht, dass der Rhein-Sieg-Kreis als öffentliche Körperschaft als Vorbild fungieren müsse, wenn man von Privaten Personen und Unternehmen der freien Wirtschaft Klimaschutzmaßnahmen verlange. Das werde eine Ausstrahlungswirkung in die Städte und Gemeinden haben.

Zudem sei man der Auffassung, dass sich der zuvor angesprochene „fehlende rote Faden" aus dem Konzept ergebe. Eine wichtige Funktion und Aufgabe bezüglich der Verknüpfung von Maßnahmen sowie der Vernetzungspartner erfülle der Klimaschutzmanager/die –managerin.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr. 292/17

Der Kreistag beschließt den Bericht „Masterplan Energiewende Rhein-Sieg" als integriertes Klimaschutzkonzept des Rhein-Sieg-Kreises und beauftragt die Verwaltung, die dort beschriebenen Maßnahmen zu initiieren und gemeinsam mit den Beteiligten umzusetzen. Dies beinhaltet auch den Aufbau eines Klimaschutz-Controllings.

Die konkrete Umsetzung der Maßnahmen und Projekte steht unter dem Vorbehalt der personellen und finanziellen Möglichkeiten sowie unter dem Vorbehalt der erneuten Zustimmung des Umweltausschusses. Weitere ggf. zuständige Gremien werden im jeweiligen Einzelfall beteiligt.

Abst.-Erg.:

MB ./. FDP, AfD, E. Abg. Dr. Fleck

12	Kommunales Integrationszentrum - hier: Evaluation und Fortführung des KI sowie Weiterentwicklung der KI´s in NRW	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration in seiner Sitzung am 27.03.2017 zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages und die mehrheitliche Beschlussempfehlung zu Ziffer 2 sowie auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017 zu Ziffer 1 und Ziffer 2.

Abg. Skoda sagte, er begründe die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu dieser Thematik damit, da das Konzept des Kommunalen Integrationszentrums auf Grundlage des multikulturellen Ansatzes konstruiert worden sei. Dieser multikulturelle Ansatz zur Integration sei jedoch gescheitert. In Bezug auf die türkischstämmigen Mitbürger sei dieses in der Presse nachzulesen. Seine Fraktion sei der Ansicht, solange dieses Arbeitskonzept für die Integrationsstelle bestehe, halte man ihre Arbeit für nicht richtig. Seine Fraktion werde den Beschlussvorschlag nicht unterstützen.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, obwohl die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kommunalen Integrationszentrums gute Arbeit leisteten, werde er - wie in der Vergangenheit - dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Drüber hinaus verwies er auf seine gestellte Anfrage zu diesem Thema.

Abg. Tendler merkte an, dass der Rhein-Sieg-Kreis im Gegensatz zu anderen Kreisen erst im Jahre 2014 das Kommunale Integrationszentrum eingerichtet habe. Es leiste seitdem mit den ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eine großartige Arbeit. Hierfür bedankte er sich auch im Namen seiner Fraktion.

Abg. Deussen-Dopstadt, sagte, sie werde für ihre Fraktion den Beschlussvorschlag zur Fortführung und Ausbau des Kommunalen Integrationszentrums unterstützen. Auch habe sie die veränderte Haltung der Hauptverwaltungsbeamten zum Kommunalen Integrationszentrum überzeugt, zumal es in der Gründungsphase sehr viel Skepsis gegeben habe. Nunmehr sprechen sich die Hauptverwaltungsbeamten für eine Fortführung des Kommunalen Integrationszentrums aus und erkennen seine Arbeit als Bereicherung an.

Es sei zudem für den Rhein-Sieg-Kreis die einzige Chance, regional und auf Landesebene vernetzt Integrationsarbeit zu leisten.

Abg. Westig sagte, sie wolle bewusst als Vertreterin einer Fraktion sprechen, die ehemals zu den Kritikern des Kommunalen Integrationszentrums gehörte, was insbesondere aufgrund der damals kritischen Haltung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zurückzuführen sei.

Spätestens seit Einsetzen der Flüchtlingswelle müsse deutlich geworden sein, dass eine Stelle benötigt wird, die diese Arbeit koordiniere und strukturiere. Der Rhein-Sieg-Kreis verfüge mit der personellen Besetzung des Kommunalen Integrationszentrums über ein hervorragendes Team, was überzeugende Arbeit leiste. Darüber hinaus würden die vor Ort zuständigen Helferinnen und Helfer für die Flüchtlingsarbeit durch den Rückhalt des Kommunalen Integrationszentrums eine große Erleichterung empfinden.

Ihre Fraktion spreche sich für eine Fortführung des Kommunalen Integrationszentrums aus.

Abg. Solf merkte an, man müsse sich fragen, wo man in Deutschland bei der Integration vieler zehntausender Kinder und Jugendlicher sein könne, wenn man nicht jahrzehntelang zu träge im Denken und zu feige im Handeln gewesen wäre. Nun sei man Parteigrenzen übergreifend zu einer Einigung zum Thema Integration gekommen.

Weiter bemerkte Abg. Solf, da er für seine Fraktion seinerzeit im Düsseldorfer Landtag dieses Gesetz herbeiführen durfte, könne er sagen, man habe mit allen kommunalen Spitzenverbänden gesprochen, dass etwas in Richtung Integration geschehen müsse. Er freue sich, dass dieses in den letzten Jahren sehr gut fortgeschritten sei. Deshalb müsse es auf diesem Weg weitergehen.

Abg. Streng ergänzte, es werde weiterhin Hilfe und Unterstützung in Sachen Integration benötigt.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

B.-Nr. 293/17

1. Das Kommunale Integrationszentrum wird fortgeführt. Ein entsprechender Antrag wird im Herbst 2017 gestellt.

Abst.-Erg.: **MB ./. AfD, Abg. Dr. Fleck.**

B.-Nr. 294/17

2. Das Kommunale Integrationszentrum wird personell um jeweils eine Stelle in den Bereichen Bildung und Querschnitt aufgestockt. Entsprechende Anträge auf Landesmittel werden gestellt.

Abst.-Erg.: **MB ./. AfD, Abg. Dr. Fleck.**

13	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfebearbeitung mit der Stadt Siegburg, den Stadtbetrieben Siegburg AÖR und dem Volkshochschulzweckverband Rhein-Sieg	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 295/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. **Der als Anhang 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Siegburg über die Durchführung der Beihilfebearbeitung zum 01.07.2017 wird zugestimmt.**
2. **Der als Anhang 2 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit den Stadtbetrieben Siegburg AÖR über die Durchführung der Beihilfebearbeitung zum 01.07.2017 wird zugestimmt.**
3. **Der als Anhang 3 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Volkshochschulzweckverband über die Durchführung der Beihilfebearbeitung zum 01.07.2017 wird zugestimmt.**

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

14	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 296/17 **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

„Dem Abschluss der als Anhang beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Meckenheim und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung wird zugestimmt."

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

15	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 297/17 **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

„Dem Abschluss der als Anhang beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Siegburg und dem Rhein-Sieg-Kreis über die Zusammenarbeit in der Erziehungsberatung wird zugestimmt."

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

16	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus in seiner Sitzung am 28.03.2017 und auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.
Darüber hinaus erklärte er, dass es bei dieser Beschlussfassung lediglich um die grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis gehe, falls der VVS bereit sei, diese abzugeben.
Die Bereitschaft des Rhein-Sieg-Kreises zur Übernahme der Trägerschaft müsse im Vorfeld beschlossen werden, damit der VVS einen entsprechenden Beschluss in seiner Mitgliederversammlung bezüglich der Aufgabe seiner Trägerschaft fassen könne. Die Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit dem VVS müsse in einem weiteren Schritt besprochen werden. Die Gremien des Rhein-Sieg-Kreises würden hierüber informiert.
Darüber hinaus sei es ihm gelungen, dass alle betroffenen Kommunen Bereitschaft signalisiert hätten, sich finanziell zu beteiligten. Diese Kostenbeteiligungen seien zudem bei allen etatisiert. Hierbei werde ein Konstrukt erarbeitet, was die Beteiligten in die Lage versetze, die Arbeit zusammen mit dem VVS konstruktiv und dauerhaft zu gestalten. Hierüber solle im Kreistag beraten und entschieden werden.

Eine finanzielle Beteiligung der Kommunen käme jedoch nur in Betracht, wenn es eine klare Trennung zwischen der Trägerschaft des Naturparks und dem VVS gebe.

Abg. Schenkelberg wies darauf hin, dass sich in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus eine geänderte Beschlussempfehlung ergeben habe. Demnach müsse vor dem Wort „Bereitschaft" das Wort „grundsätzliche" eingefügt werden. Darüber hinaus solle der Beschlussempfehlung ergänzend beigefügt werden, dass die Einzelheiten der Neuorganisation in den jeweils zuständigen Gremien beraten werden sollen.

Der Landrat sagte, er habe keine Bedenken, den Beschlussvorschlag entsprechend zu modifizieren. Er stellte fest, dass hierüber Einvernehmen bestand.

Auf Nachfrage des Abg. Otter bezüglich der Folgekosten für den Rhein-Sieg-Kreis, falls dieser die Trägerschaft übernehme merkte der Landrat an, dass der VVS Grundstückseigentümer im „Wildnis Bereich" bleibe und sei demnach für diesen Bereich eigenverantwortlich. Die Einnahmen des Rhein-Sieg-Kreises dienten der Bewirtschaftung des Naturparks.

Abg Hoffmeister ergänzte, man rede über 49 Quadratkilometer hochverdichteter Natur in Flora und Fauna. Der VVS sah sich nicht mehr in der Lage, diese Fläche weiter zu unterhalten. Die Suche nach einer adäquaten und tragenden Lösung habe die vier Gemeinden und den Kreis zusammenbracht, was eine strategische und praktische Leistung gewesen sei. Der VVS werde weiterhin für den Kernbereich des Naturparks die Flurhoheit besitzen und Entscheidungen treffen.

Abg. Seelbach sagte, er habe in Gesprächen „vor Ort" eine positive Resonanz bezüglich des Konzeptes erfahren. Aus seiner Sicht sei das Vorgehen zu begrüßen.

Abg. Otter erklärte, seine Fraktion sein nun überzeugt worden und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Sodann ließ der Landrat über den ergänzten Beschlussvorschlag (Ergänzungen siehe *kursiv*) abstimmen.

B.-Nr. 298/17 **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen die Trägerschaft des Naturparks Siebengebirge im Laufe des Jahres 2017 auf den Rhein-Sieg-Kreis übertragen wird, erklärt der Rhein-Sieg-Kreis seine *grundsätzliche* Bereitschaft zur Übernahme der Trägerschaft.

Über die Einzelheiten der Neuorganisation werden die zuständigen Ausschüsse vor der endgültigen Übernahme der Trägerschaft beraten.

Abst.-Erg.: **Einstimmig.**

17	Neues Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler Starke Region - Starke Zukunft	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus in seiner Sitzung am 28.03.2017 und auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.04.2017.

B.-Nr. 299/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Kreistag nimmt das neue Leitbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Ziele und Leitsätze des neuen Leitbildes beim zukünftigen Handeln zu Grunde zu legen.

Abst.-Erg.:

Einstimmig.

18	Mitteilungen und Anfragen	

Zur Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 31.01.2017 „Sorge um die Innere Sicherheit – Müssen sich die Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Sieg-Kreis Sorgen machen?" sagte der Landrat, dass die Anfrage schriftlich beantwortet und mit dem Einladungsnachtrag übermittelt worden sei.

Zur weiteren Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 24.03.2017 „Arbeitslose in Rechtskreis SGB II, erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II (Hartz IV) und Asylbewerber/Flüchtlinge in den 19 Städten und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises teilt der Landrat mit, dass sich die Beantwortung noch in Bearbeitung befinde. Bezüglich der Anfrage des Abg. Dr. Fleck „Integration vom Menschen muslimischen Glaubens im Rhein-Sieg-Kreis" verwies der Landrat auf die verteilte Tischvorlage.

Darüber hinaus teilte der Landrat mit, dass er zum 01.10.2016 als Mitglied in den Beirat des RWE - Konzerns berufen worden sei. Er habe der Kreisdirektorin mitgeteilt, dass er die hierdurch erzielten Einnahmen in voller Höhe an die Kreiskasse abführen werde. Entsprechende Unterlagen würden den Mitliedern des Kreisausschusses bei nächster Gelegenheit zugänglich gemacht.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Sodann beendete der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils